Bundesgesetzblatt

Teil II

1955	Ausgegeben zu Bonn am 31. März 1955	Nr. 8

Tag	Inhalt:	Seite
30. 3. 55	Bekanntmachung zum Protokoll vom 23. Oktober 1954 über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland	301

Bekanntmachung zum Protokoll vom 23. Oktober 1954 über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland.

Vom 30. März 1955.

Gemäß Artikel 3 des Gesetzes vom 24. März 1955 betreffend das Protokoll vom 23. Oktober 1954 über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland (Bundesgesetzbl. II S. 213) werden nachstehend die durch das Protokoll vom 23. Oktober 1954 über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Abmachungen vom 26. Mai 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und der Französischen Republik nebst ergänzenden Dokumenten in der nunmehrigen Fassung veröffentlicht.

Bonn, den 30. März 1955.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein

Texte der Bonner Verträge

in der durch das Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung

nebst ergänzenden Dokumenten

Inhalt

Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten
(in der gemäß Liste I des Protokolls über die Beendigung des Besatzungsregimes geänderten Fassung) 305

Anhang B: Satzung des Schiedsgerichtes
Abschnitt I: Zusammensetzung, Organisation und Sitz des Schiedsgerichtes 312
Abschnitt II: Zuständigkeit und Befugnisse des Schiedsgerichtes 316
Abschnitt III: Verfahren 318
Abschnitt IV: Rechtsgutachten 320

Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland
(in der gemäß Liste II des Protokolls über die Beendigung des Besatzungsregimes geänderten Fassung) 321

Erster Teil: Allgemeine Bestimmungen 324
Zweiter Teil: Gerichtsbarkeit und Verfahren 328
Dritter Teil: Verwaltung und Versorgung 340
Vierter Teil: Übergangs- und Schlußbestimmungen 372
Anhang A: Strafvorschriften zum Schutze der Drei Mächte, der Streitkräfte und ihrer Mitglieder 373
Anhang B: Bestimmungen über Funkfrequenzen 378

Finanzvertrag
(in der gemäß Liste III des Protokolls über die Beendigung des Besatzungsregimes geänderten Fassung) 381

Anhang A: 400
Anhang B: 403

Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen
(in der gemäß Liste IV des Protokolls über die Beendigung des Besatzungsregimes geänderten Fassung) 405

Erster Teil: Allgemeine Bestimmungen 406
Dritter Teil: Innere Rückerstattung 418
Anhang zum Dritten Teil: Satzung des Obersten Rückerstattungsgerichtes 424
Vierter Teil: Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung 431
Fünfter Teil: Äußere Restitutionen 432
Anhang zum Fünften Teil 437
Sechster Teil: Reparationen 439
Siebenter Teil: Verschleppte Personen und Flüchtlinge 441
Neunter Teil: Gewisse Ansprüche gegen fremde Nationen und Staatsangehörige 442
Zehnter Teil: Ausländische Interessen in Deutschland 444
Anhang zum Zehnten Teil 454
Zwölfter Teil: Zivile Luftfahrt 456
Anhang zum Vertrag:
Satzung der Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen in Deutschland 459

Abkommen über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder
(in der gemäß Liste V des Protokolls über die Beendigung des Besatzungsregimes geänderten Fassung) 469

Briefe, die am 23. Oktober 1954 in Paris anläßlich der Unterzeichnung des Protokolls über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland ausgetauscht worden sind

I. Liste der in Artikel 2 des Protokolls erwähnten Rechtsvorschriften 478
II. Revision der Abrüstungs- und Entmilitarisierungskontrollen ... 479
III. Das Recht eines Militärbefehlshabers zum Schutze seiner Streitkräfte 481
IV. Kartellpolitik 482
V. Gewährleistung der Weiterführung von Gewerben und freien Berufen 483
VI. Auskünfte über innere Rückerstattung 485
VII. Auskünfte über Entschädigungen für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung 486
VIII. Erleichterungen für Botschaften und Konsulate 488
IX. Luftverkehr nach und von den Berliner Luftschneisen 493
X. Bestätigung von Briefen, die im Jahre 1952 ausgetauscht worden sind 495

Briefe, die im Mai 1952 anläßlich der Unterzeichnung der Bonner Verträge ausgetauscht und durch den Brief X vom 23. Oktober 1954 bestätigt oder abgeändert worden sind

1. Ausübung des von den Drei Mächten vorbehaltenen Rechtes in bezug auf Berlin 500
2. Ausübung des von den Drei Mächten vorbehaltenen Rechtes in bezug auf Deutschland als Ganzes 503
4. Rechte der für die Streitkräfte arbeitenden Banken und ihrer Bediensteten 504
6. Von den Streitkräften ausgestellte Zahlungsermächtigungen .. 505
7. Schadensersatzansprüche gegenüber den Streitkräften 506
8. Aufrechterhaltung gewisser Kontrollratsvorschriften 508
9. Außerwirksamkeitsetzung gewisser Kontrollratsvorschriften ... 510
10. Abkommen und Vereinbarungen, die für eine oder mehrere der westlichen Zonen Deutschlands von einer oder mehreren der drei westlichen Besatzungsmächte mit ausländischen Staaten, Territorien oder Besitzungen oder mit einzelnen internationalen Organisationen geschlossen sind, und ein Vorbehalt hinsichtlich der Verträge, die sich auf die Saar beziehen 511
11. Funkdienste 567
12. Gewerbefreiheit 568
16. Durchführung der Steuerfreiheit von Nachfolgeorganisationen und Treuhandkörperschaften 570
17. Reparationen 572
18. Vermögenswerte der JEIA 572

Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten

(in der gemäß Liste I zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung)

Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany

(as amended by Schedule I to the Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany, signed at Paris on 23 October 1954)

Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne

(texte amendé conformément à l'Annexe I du Protocole sur la Cessation du Régime d'Occupation dans la République Fédérale d'Allemagne, signé à Paris le 23 Octobre 1954)

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,

DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA,

DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

und

DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK

HABEN zur Festlegung der Grundlagen ihres neuen Verhältnisses den folgenden Vertrag geschlossen:

Artikel 1

(1) Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags werden die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Französische Republik (in diesem Vertrag und in den Zusatzverträgen auch als „Drei Mächte" bezeichnet) das Besatzungsregime in der Bundesrepublik beenden, das Besatzungsstatut aufheben und die Alliierte Hohe Kommission sowie die Dienststellen der Landeskommissare in der Bundesrepublik auflösen.

(2) Die Bundesrepublik wird demgemäß die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben.

Artikel 2

Im Hinblick auf die internationale Lage, die bisher die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrags verhindert hat, behalten die Drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung. Die von den Drei Mächten beibehaltenen Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in Deutschland und der Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte bestimmen sich nach den Artikeln 4 und 5 dieses Vertrags.

THE UNITED STATES OF AMERICA,

THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND,

THE FRENCH REPUBLIC

and

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

HAVE entered into the following Convention setting forth the basis for their new relationship:

Article 1

1. On the entry into force of the present Convention the United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the French Republic (hereinafter and in the related Conventions sometimes referred to as "the Three Powers") will terminate the Occupation regime in the Federal Republic, revoke the Occupation Statute and abolish the Allied High Commission and the Offices of the Land Commissioners in the Federal Republic.

2. The Federal Republic shall have accordingly the full authority of a sovereign State over its internal and external affairs.

Article 2

In view of the international situation, which has so far prevented the reunification of Germany and the conclusion of a peace settlement, the Three Powers retain the rights and the responsibilities, heretofore exercised or held by them, relating to Berlin and to Germany as a whole, including the reunification of Germany and a peace settlement. The rights and responsibilities retained by the Three Powers relating to the stationing of armed forces in Germany and the protection of their security are dealt with in Articles 4 and 5 of the present Convention.

LA REPUBLIQUE FRANÇAISE,

LES ETATS-UNIS D'AMERIQUE,

LE ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD

et

LA REPUBLIQUE FEDERALE D'ALLEMAGNE,

ONT conclu la Convention suivante qui définit les bases de leurs nouvelles relations :

Article 1

1. — Lors de l'entrée en vigueur de la présente Convention, la République Française, les Etats-Unis d'Amérique, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord (parfois dénommés dans la présente Convention et dans les Conventions rattachées « les Trois Puissances ») mettront fin au régime d'occupation dans la République Fédérale, abrogeront le Statut d'Occupation et supprimeront la Haute Commission Alliée et les Commissariats de Land dans la République Fédérale.

2. — La République Fédérale exercera, en conséquence, la pleine autorité d'un Etat souverain sur ses affaires intérieures et extérieures.

Article 2

En raison de la situation internationale, qui a, jusqu'à ce jour, empêché la réunification de l'Allemagne et la conclusion d'un règlement de paix, les Trois Puissances se réservent les droits et les responsabilités antérieurement exercés ou détenus par elles en ce qui concerne Berlin et l'Allemagne dans son ensemble, y compris la réunification de l'Allemagne et un règlement de paix. Les droits et les responsabilités que se réservent les Trois Puissances en ce qui concerne le stationnement des forces armées en Allemagne et la protection de leur sécurité font l'objet des Articles 4 et 5 de la présente Convention.

Artikel 3

(1) Die Bundesrepublik wird ihre Politik in Einklang mit den Prinzipien der Satzung der Vereinten Nationen und mit den im Statut des Europarates aufgestellten Zielen halten.

(2) Die Bundesrepublik bekräftigt ihre Absicht, sich durch ihre Mitgliedschaft in internationalen Organisationen, die zur Erreichung der gemeinsamen Ziele der freien Welt beitragen, mit der Gemeinschaft der freien Nationen völlig zu verbinden. Die Drei Mächte werden zu gegebener Zeit Anträge der Bundesrepublik unterstützen, die Mitgliedschaft in solchen Organisationen zu erlangen.

(3) Bei Verhandlungen mit Staaten, mit denen die Bundesrepublik keine Beziehungen unterhält, werden die Drei Mächte die Bundesrepublik in Fragen konsultieren, die deren politische Interessen unmittelbar berühren.

(4) Auf Ersuchen der Bundesregierung werden die Drei Mächte die erforderlichen Vorkehrungen treffen, die Interessen der Bundesrepublik in ihren Beziehungen zu anderen Staaten und in gewissen internationalen Organisationen oder Konferenzen zu vertreten, soweit die Bundesrepublik dazu nicht selbst in der Lage ist.

Article 3

1. The Federal Republic agrees to conduct its policy in accordance with the principles set forth in the Charter of the United Nations and with the aims defined in the Statute of the Council of Europe.

2. The Federal Republic affirms its intention to associate itself fully with the community of free nations through membership in international organizations contributing to the common aims of the free world. The Three Powers will support applications for such membership by the Federal Republic at appropriate times.

3. In their negotiations with States with which the Federal Republic maintains no relations, the Three Powers will consult with the Federal Republic in respect of matters directly involving its political interests.

4. At the request of the Federal Government, the Three Powers will arrange to represent the interests of the Federal Republic in relations with other States and in certain international organizations or conferences, whenever the Federal Republic is not in a position to do so itself.

Article 3

1. — La République Fédérale convient qu'elle se conformera dans la conduite de sa politique aux principes inscrits dans la Charte des Nations-Unies et aux buts définis dans le statut du Conseil de l'Europe.

2. — La République Fédérale affirme son intention de s'associer pleinement à la communauté des Nations libres en devenant membre des organisations internationales destinées à promouvoir les objectifs communs du monde libre. Les Trois Puissances soutiendront aux moments appropriés la candidature de la République Fédérale à de telles organisations.

3. — Lorsque les Trois Puissances mèneront des négociations avec des États avec lesquels la République Fédérale n'entretient pas de relations, elles consulteront la République Fédérale au sujet des questions mettant directement en cause ses intérêts politiques.

4. — A la demande du Gouvernement Fédéral, et dans tous les cas où celui-ci ne sera pas en mesure de le faire lui-même, les Trois Puissances prendront les dispositions nécessaires pour représenter les intérêts de la République Fédérale dans ses rapports avec d'autres États et dans certaines organisations ou conférences internationales.

Artikel 4

(1) Bis zum Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag behalten die Drei Mächte weiterhin ihre bisher ausgeübten oder innegehabten Rechte in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in der Bundesrepublik. Die Aufgabe dieser Streitkräfte wird die Verteidigung der freien Welt sein, zu der die Bundesrepublik und Berlin gehören. Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 5 Absatz (2) dieses Vertrags bestimmen sich die Rechte und Pflichten dieser Streitkräfte nach dem Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland (im folgenden als „Truppenvertrag" bezeichnet), auf den in Artikel 8 Absatz (1) dieses Vertrags Bezug genommen ist.

(2) Die von den Drei Mächten bisher ausgeübten oder innegehabten und weiterhin beizubehaltenden Rechte in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in Deutschland werden von den Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt, soweit sie für die Ausübung der im ersten Satz des Artikels 2 dieses Vertrags genannten Rechte erforderlich sind. Die Bundesrepublik ist damit einverstanden, daß vom Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag an Streitkräfte der gleichen Nationalität und Effektivstärke wie zur Zeit dieses Inkrafttretens in der Bundesrepublik stationiert werden dürfen. Im Hinblick auf die in Artikel 1 Absatz (2) dieses

Article 4

1. Pending the entry into force of the arrangements for the German Defence Contribution, the Three Powers retain the rights, heretofore exercised or held by them, relating to the stationing of armed forces in the Federal Republic. The mission of these forces will be the defence of the free world, of which Berlin and the Federal Republic form part. Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 5 of the present Convention, the rights and obligations of these forces shall be governed by the Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany (hereinafter referred to as "the Forces Convention") referred to in paragraph 1 of Article 8 of the present Convention.

2. The rights of the Three Powers, heretofore exercised or held by them, which relate to the stationing of armed forces in Germany and which are retained, are not affected by the provisions of this Article insofar as they are required for the exercise of the rights referred to in the first sentence of Article 2 of the present Convention. The Federal Republic agrees that, from the entry into force of the arrangements for the German Defence Contribution, forces of the same nationality and effective strength as at that time may be stationed in the Federal Republic. In view of the status of the Federal Republic as defined in Article 1, paragraph 2 of the present

Article 4

1. — Jusqu'à l'entrée en vigueur des arrangements sur la Contribution Allemande à la Défense, les Trois Puissances se réservent les droits antérieurement exercés ou détenus par elles en ce qui concerne le stationnement de forces armées sur le territoire de la République Fédérale. La mission de ces forces sera la défense du monde libre, dont la République Fédérale et Berlin font partie. Sous réserve des dispositions du paragraphe 2 de l'Article 5 de la présente Convention, les droits et les obligations de ces forces seront régis par la Convention relative aux Droits et Obligations des Forces étrangères et de leurs Membres sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne (ci-après dénommée « la Convention sur les Forces »), visée au paragraphe 1 de l'Article 8 de la présente Convention.

2. — Les droits des Trois Puissances, antérieurement exercés ou détenus par elles, en ce qui concerne le stationnement des forces armées en Allemagne, qui sont réservés, ne sont pas affectés par les dispositions du présent Article dans la mesure où ils sont nécessaires pour l'exercice des droits visés dans la première phrase de l'Article 2 de la présente Convention. La République Fédérale est d'accord pour qu'après l'entrée en vigueur des arrangements sur la Contribution Allemande à la Défense, des forces armées de même nationalité et de même importance que celles qui se trouveront sur son territoire au moment de cette entrée en vigueur y soient stationnées.

Vertrags umschriebene Rechtsstellung der Bundesrepublik und im Hinblick darauf, daß die Drei Mächte gewillt sind, ihre Rechte betreffend die Stationierung von Streitkräften in der Bundesrepublik, soweit diese betroffen ist, nur in vollem Einvernehmen mit der Bundesrepublik auszuüben, wird diese Frage in einem besonderen Vertrag geregelt.

Convention and in view of the fact that the Three Powers do not desire to exercise their rights regarding the stationing of armed forces in the Federal Republic, insofar as it is concerned, except in full accord with the Federal Republic, a separate Convention deals with this matter.

Etant donné le statut de la République Fédérale défini à l'Article 1, paragraphe 2, de la présente Convention et étant donné le fait que les Trois Puissances ne désirent pas exercer leurs droits relatifs au stationnement de forces armées sur le territoire de la République Fédérale, pour ce qui concerne celle-ci, sauf en plein accord avec elle, une Convention séparée règle cette question.

Artikel 5

(1) Für die in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte gelten bis zum Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag die folgenden Bestimmungen:

(a) Die Drei Mächte werden die Bundesregierung in allen die Stationierung dieser Streitkräfte betreffenden Fragen konsultieren, soweit es die militärische Lage erlaubt. Die Bundesrepublik wird nach Maßgabe dieses Vertrags und der Zusatzverträge im Rahmen ihres Grundgesetzes mitwirken, um diesen Streitkräften ihre Aufgabe zu erleichtern.

(b) Die Drei Mächte werden nur nach vorheriger Einwilligung der Bundesrepublik Truppen eines Staates, der zur Zeit keine Kontingente stellt, als Teil ihrer Streitkräfte im Bundesgebiet stationieren. Jedoch dürfen solche Kontingente im Falle eines Angriffs oder unmittelbar drohenden Angriffs ohne Einwilligung der Bundesrepublik in das Bundesgebiet gebracht werden, dürfen dagegen nach Beseitigung der Gefahr nur mit Einwilligung der Bundesrepublik dort verbleiben.

(2) Die von den Drei Mächten bisher innegehabten oder ausgeübten Rechte in bezug auf den Schutz der Sicherheit von in der Bundesrepublik stationierten Streitkräften, die zeitweilig von den Drei Mächten beibehalten werden, erlöschen, sobald die zuständigen deutschen Behörden entsprechende Vollmachten durch die deutsche Gesetzgebung erhalten haben und dadurch in Stand gesetzt sind, wirksame Maßnahmen zum Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte zu treffen, einschließlich der Fähigkeit, einer ernstlichen Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu begegnen. Soweit diese Rechte weiterhin ausgeübt werden können, werden sie nur nach Konsultation mit der Bundesregierung ausgeübt werden, soweit die militärische Lage eine solche Konsultation nicht ausschließt, und wenn die Bundesregierung darin übereinstimmt, daß die Umstände die Ausübung derartiger Rechte erfordern. Im übrigen bestimmt

Article 5

1. Pending the entry into force of the arrangements for the German Defence Contribution, the following provisions shall be applicable to the forces stationed in the Federal Republic:

(a) the Three Powers will consult with the Federal Republic, insofar as the military situation permits, with regard to all questions concerning the stationing of these forces. The Federal Republic will, according to the present Convention and the related Conventions, co-operate, within the framework of its Basic Law, to facilitate the mission of these forces;

(b) the Three Powers will obtain the consent of the Federal Republic before bringing into the Federal territory, as part of their forces, contingents of the armed forces of any nation not now providing such contingents. Such contingents may nevertheless be brought into the Federal territory without the consent of the Federal Republic in the event of external attack or imminent threat of such attack, but, after the elimination of the danger, may only remain with its consent.

2. The rights of the Three Powers, heretofore held or exercised by them, which relate to the protection of the security of armed forces stationed in the Federal Republic and which are temporarily retained, shall lapse when the appropriate German authorities have obtained similar powers under German legislation enabling them to take effective action to protect the security of those forces, including the ability to deal with a serious disturbance of public security and order. To the extent that such rights continue to be exercisable they shall be exercised only after consultation, insofar as the military situation does not preclude such consultation, with the Federal Government and with its agreement that the circumstances require such exercise. In all other respects the protection of the security of those forces shall be governed by the Forces Convention or by the provisions of the Agreement which replaces it and, ex-

Article 5

1. — Jusqu'à l'entrée en vigueur des arrangements sur la Contribution Allemande à la Défense, les dispositions suivantes seront applicables aux forces stationnées sur le territoire de la République Fédérale :

(a) les Trois Puissances consulteront la République Fédérale, dans la mesure où la situation militaire le permettra, en ce qui concerne toutes les questions relatives au stationnement de ces forces. La République Fédérale apportera sa pleine coopération, conformément à la présente Convention et aux Conventions rattachées et dans le cadre de sa Loi Fondamentale, en vue de faciliter la mission de ces forces;

(b) les Trois Puissances devront obtenir le consentement de la République Fédérale avant de faire venir sur le territoire fédéral, pour faire partie de leurs propres forces, des contingents appartenant aux forces armées de toute nation qui ne fournit pas actuellement de tels contingents. Toutefois, ces contingents pourront être amenés sur le territoire fédéral sans le consentement de la République Fédérale en cas d'attaque extérieure ou de menace imminente d'une telle attaque, mais ne pourront être maintenus après disparition du danger qu'avec son consentement.

2. — Les droits des Trois Puissances antérieurement détenus ou exercés par elles en ce qui concerne la protection de la sécurité des forces armées stationnées sur le territoire de la République Fédérale, et qui sont temporairement conservés, disparaîtront lorsque les autorités allemandes compétentes auront obtenu des pouvoirs similaires en vertu de la législation allemande, leur permettant de prendre des mesures effectives pour protéger la sécurité de ces forces, y compris la possibilité de faire face à une atteinte grave portée à la sécurité et à l'ordre publics. Dans la mesure où ces droits continuent à pouvoir être exercés, ils ne seront exercés qu'après consultation du Gouvernement Fédéral, pour autant que la situation militaire n'exclura pas une telle consultation, et si le Gouvernement Fédéral reconnait que les circonstances requièrent que ces droits soient exercés. Sous tous ses autres aspects, la protection de la

sich der Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte nach den Vorschriften des Truppenvertrags oder den Vorschriften des Vertrags, welcher den Truppenvertrag ersetzt, und nach deutschem Recht, soweit nicht in einem anwendbaren Vertrag etwas anderes bestimmt ist.

cept as otherwise provided in any applicable agreement, by German law.

sécurité de ces forces sera régie par les dispositions de la Convention sur les Forces ou par les dispositions de l'Accord qui la remplace, et, sauf dispositions contraires figurant dans tout accord applicable, par le droit allemand.

Artikel 6

(1) Die Drei Mächte werden die Bundesrepublik hinsichtlich der Ausübung ihrer Rechte in bezug auf Berlin konsultieren.

(2) Die Bundesrepublik ihrerseits wird mit den Drei Mächten zusammenwirken, um es ihnen zu erleichtern, ihren Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin zu genügen.

Article 6

1. The Three Powers will consult with the Federal Republic in regard to the exercise of their rights relating to Berlin.

2. The Federal Republic, on its part, will co-operate with the Three Powers in order to facilitate the discharge of their responsibilities with regard to Berlin.

Article 6

1. — Les Trois Puissances consulteront la République Fédérale au sujet de l'exercice de leurs droits en ce qui concerne Berlin.

2. — La République Fédérale, pour sa part, coopérera avec les Trois Puissances en vue d'aider celles-ci à s'acquitter de leurs responsabilités à l'égard de Berlin.

Artikel 7

(1) Die Unterzeichnerstaaten sind darüber einig, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll. Sie sind weiterhin darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß.

(2) Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist.

(3) (gestrichen)

(4) Die Drei Mächte werden die Bundesrepublik in allen Angelegenheiten konsultieren, welche die Ausübung ihrer Rechte in bezug auf Deutschland als Ganzes berühren.

Article 7

1. The Signatory States are agreed that an essential aim of their common policy is a peace settlement for the whole of Germany, freely negotiated between Germany und her former enemies, which should lay the foundation for a lasting peace. They further agree that the final determination of the boundaries of Germany must await such a settlement.

2. Pending the peace settlement, the Signatory States will co-operate to achieve, by peaceful means, their common aim of a reunified Germany enjoying a liberal-democratic constitution, like that of the Federal Republic, and integrated within the European community.

3. Deleted.

4. The Three Powers will consult with the Federal Republic on all matters involving the exercise of their rights relating to Germany as a whole.

Article 7

1. — Les Etats Signataires conviennent qu'un but essentiel de leur politique commune est un règlement de paix pour l'ensemble de l'Allemagne, librement négocié entre l'Allemagne et ses anciens ennemis et qui devrait poser les bases d'une paix durable. Ils conviennent aussi que la fixation définitive des frontières de l'Allemagne doit attendre ce règlement.

2. — En attendant le règlement de paix, les Etats Signataires coopéreront en vue d'atteindre par des moyens pacifiques leur but commun: une Allemagne réunifiée, dotée d'une constitution libérale et démocratique, telle que celle de la République Fédérale, et intégrée dans la communauté européenne.

3. — Supprimé.

4. — Les Trois Puissances consulteront la République Fédérale sur toutes les questions mettant en cause l'exercice de leurs droits en ce qui concerne l'Allemagne dans son ensemble.

Artikel 8

(1) (a) Die Unterzeichnerstaaten haben die folgenden Zusatzverträge geschlossen:

Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland;

Finanzvertrag;

Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen.

(b) Der Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland und das am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichnete Abkommen über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte

Article 8

1. (a) The Signatory States have concluded the following related Conventions:

Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany;

Finance Convention;

Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation.

(b) The Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany and the Agreement on the Tax Treatment of the Forces and their Members, signed at Bonn on 26 May 1952,

Article 8

1. (a) — Les Etats Signataires ont conclu les Conventions rattachées suivantes:

— Convention relative aux Droits et Obligations des Forces étrangères et de leurs Membres sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne;

— Convention Financière;

— Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation.

(b) — La Convention relative aux Droits et Obligations des Forces étrangères et de leurs Membres sur le Territoire de la République Fédérale l'Allemagne et l'Accord relatif au Régime Fiscal applicable aux Forces et aux Membres

und ihrer Mitglieder in der durch das Protokoll vom 26. Juli 1952 abgeänderten Fassung bleiben bis zum Inkrafttreten neuer Vereinbarungen über die Rechte und Pflichten der Streitkräfte der Drei Mächte und sonstiger Staaten, die Truppen auf dem Gebiet der Bundesrepublik unterhalten, in Kraft. Die neuen Vereinbarungen werden auf der Grundlage des in London am 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikpakts über den Status ihrer Streitkräfte unterzeichneten Abkommens getroffen, ergänzt durch diejenigen Bestimmungen, die im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse in bezug auf die in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte erforderlich sind.

as amended by the Protocol signed at Bonn on 26 July 1952, shall remain in force until the entry into force of new arrangements setting forth the rights and obligations of the forces of the Three Powers and other States having forces in the territory of the Federal Republic. The new arrangements will be based on the Agreement Between the Parties to the North Atlantic Treaty Regarding the Status of Their Forces, signed at London on 19 June 1951, supplemented by such provisions as are necessary in view of the special conditions existing in regard to the forces stationed in the Federal Republic.

des Forces signé à Bonn le 26 mai 1952 et amendé par le Protocole signé à Bonn le 26 juillet 1952 resteront en vigueur jusqu'à l'entrée en vigueur de nouveaux arrangements définissant les droits et obligations des forces des Trois Puissances et des autres Etats ayant des forces stationnées sur le territoire fédéral. Les nouveaux arrangements seront fondés sur l'Accord entre les Parties au Traité de l'Atlantique Nord concernant le Statut de leurs Forces, signé à Londres le 19 juin 1951, complété par les dispositions rendues nécessaires en raison des conditions spéciales existantes en ce qui concerne les forces stationnées dans la République Fédérale.

(c) Der Finanzvertrag bleibt bis zum Inkrafttreten neuer Vereinbarungen in Kraft, über die gemäß Artikel 4 Absatz (4) jenes Vertrags mit anderen Mitgliedstaaten der Nordatlantikpakt-Organisation verhandelt wird, die Truppen im Bundesgebiet stationiert haben.

(c) The Finance Convention shall remain in force until the entry into force of the new arrangements negotiated in pursuance of paragraph 4 of Article 4 of that Convention with other member Governments of the North Atlantic Treaty Organization who have forces stationed in the Federal territory.

(c) — La Convention Financière restera en vigueur jusqu'à l'entrée en vigueur des nouveaux arrangements négociés, en vertu du paragraphe 4 de l'Article 4 de cette Convention, avec les autres Gouvernements membres de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord ayant des Forces stationnées dans la République Fédérale.

(2) Während der in Artikel 6 Absatz (4) des Ersten Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen vorgesehenen Übergangszeit bleiben die in jenem Absatz erwähnten Rechte der drei Unterzeichnerstaaten erhalten.

2. During the transitional period provided for in paragraph 4 of Article 6 of Chapter One of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation, the rights of the three Signatory States referred to in that paragraph shall be retained.

2. — Au cours de la période transitoire prévue au paragraphe 4 de l'Article 6 du Chapitre Premier de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation, les droits des Trois Etats Signataires, dont il est fait mention dans ce paragraphe, seront conservés.

Artikel 9

(1) Es wird ein Schiedsgericht errichtet werden, das gemäß den Bestimmungen der beigefügten Satzung tätig werden wird.

(2) Das Schiedsgericht ist ausschließlich zuständig für alle Streitigkeiten, die sich zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten aus den Bestimmungen dieses Vertrags oder der beigefügten Satzung oder eines der Zusatzverträge ergeben und welche die Parteien nicht durch Verhandlungen oder auf eine andere zwischen allen Unterzeichnerstaaten vereinbarte Weise beizulegen vermögen, soweit sich nicht aus Absatz (3) dieses Artikels oder aus der beigefügten Satzung oder aus den Zusatzverträgen etwas anderes ergibt.

(3) Streitigkeiten, welche die in Artikel 2, den ersten beiden Sätzen des Absatzes (1) des Artikels 4, dem ersten Satz des Absatzes (2) des Artikels 4 und den ersten beiden Sätzen des Absatzes (2) des Artikels 5 angeführten Rechte der Drei Mächte oder Maßnahmen auf Grund der Rechte berühren, unterliegen nicht der Gerichtsbarkeit des Schiedsgerichtes oder eines anderen Gerichtes.

Article 9

1. There shall be established an Arbitration Tribunal which shall function in accordance with the provisions of the annexed Charter.

2. The Arbitration Tribunal shall have exclusive jurisdiction over all disputes arising between the Three Powers and the Federal Republic under the provisions of the present Convention or the annexed Charter or any of the related Conventions which the parties are not able to settle by negotiation or by other means agreed between all the Signatory States, except as otherwise provided by paragraph 3 of this Article or in the annexed Charter or in the related Conventions.

3. Any dispute involving the rights of the Three Powers referred to in Article 2, the first two sentences of paragraph 1 of Article 4, the first sentence of paragraph 2 of Article 4 and the first two sentences of paragraph 2 of Article 5, or action taken thereunder, shall not be subject to the jurisdiction of the Arbitration Tribunal or of any other tribunal or court.

Article 9

1. — Il sera institué un Tribunal d'Arbitrage dont le fonctionnement sera régi par les dispositions de la Charte ci-annexée.

2. — Sous réserve des exceptions prévues au paragraphe 3 du présent Article dans la Charte ci-annexée ou dans les Conventions rattachées, le Tribunal d'Arbitrage sera seul compétent pour régler tous les litiges entre les Trois Puissances et la République Fédérale, résultant de l'application de la présente Convention, de la Charte ci-annexée ou des Conventions rattachées, que les Parties ne parviennent pas à régler par des négociations ou par tous autres moyens agréés par l'ensemble des Etats Signataires.

3. — Aucun litige mettant en cause les droits des Trois Puissances visés à l'Article 2, dans les deux premières phrases du paragraphe 1 de l'Article 4, dans la première phrase du paragraphe 2 de l'Article 4 et dans les deux premières phrases du paragraphe 2 de l'Article 5, ou des mesures prises en application de ces droits, ne relève de la compétence du Tribunal d'Arbitrage ou de tout autre Tribunal ou instance judiciaire.

Artikel 10

Die Unterzeichnerstaaten überprüfen die Bestimmungen dieses Vertrags und der Zusatzverträge:

(a) auf Ersuchen eines von ihnen im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands oder einer unter Beteiligung oder mit Zustimmung der Staaten, die Mitglieder dieses Vertrags sind, erzielten internationalen Verständigung über Maßnahmen zur Herbeiführung der Wiedervereinigung Deutschlands oder der Bildung einer europäischen Föderation, oder

(b) in jeder Lage, die nach Auffassung aller Unterzeichnerstaaten aus einer Änderung grundlegenden Charakters in den zur Zeit des Inkrafttretens des Vertrags bestehenden Verhältnissen entstanden ist.

In beiden Fällen werden sie in gegenseitigem Einvernehmen diesen Vertrag und die Zusatzverträge in dem Umfang ändern, der durch die grundlegende Änderung der Lage erforderlich oder ratsam geworden ist.

Artikel 11

(1) (gestrichen)

(2) (gestrichen)

(3) Dieser Vertrag und die Zusatzverträge werden in den Archiven der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt; diese wird jedem Unterzeichnerstaat beglaubigte Ausfertigungen übermitteln und jeden Unterzeichnerstaat vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrags und der Zusatzverträge in Kenntnis setzen.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten von ihren Regierungen gehörig beglaubigten Vertreter diesen Vertrag unterschrieben.

Geschehen zu BONN am sechsundzwanzigsten Tage des Monats Mai 1952 in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei alle drei Fassungen gleichermaßen authentisch sind.

Für die Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
Adenauer

Für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland
gezeichnet:
Anthony Eden

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
gezeichnet:
Dean Acheson

Für die Französische Republik
gezeichnet:
Robert Schuman

Article 10

The Signatory States will review the terms of the present Convention and the related Conventions

(a) upon request of any one of them, in the event of the reunification of Germany, or an international understanding being reached with the participation or consent of the States parties to the present Convention on steps towards bringing about the reunification of Germany, or the creation of a European federation; or

(b) in any situation which all of the Signatory States recognize has resulted from a change of a fundamental character in the conditions prevailing at the time of the entry into force of the present Convention.

In either case they will, by mutual agreement, modify the present Convention and the related Conventions to the extent made necessary or advisable by the fundamental change in the situation.

Article 11

1. Deleted.

2. Deleted.

3. The present Convention and the related Conventions shall be deposited in the Archives of the Government of the Federal Republic of Germany, which will furnish each Signatory State with certified copies thereof and notify each such State of the date of the entry into force of the present Convention and the related Conventions.

IN FAITH WHEREOF the undersigned representatives duly authorized thereto by their respective Governments have signed the present Convention.

Done at BONN this twenty-sixth day of May, 1952, in three texts, in the English, French and German languages, all being equally authentic.

For the United States of America
signed:
Dean Acheson

For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
signed:
Anthony Eden

For the French Republic
signed:
Robert Schuman

For the Federal Republic of Germany
signed:
Adenauer

Article 10

Les Etats Signataires reconsidéreront les termes de la présente Convention et des Conventions rattachées:

(a) à la demande de l'un d'eux, en cas de réunification de l'Allemagne, ou en cas de conclusion, avec la participation ou le consentement des Etats parties à la présente Convention, d'une entente internationale sur des mesures visant au rétablissement de l'unité, ou en cas de création d'une fédération européenne;

(b) dans toute situation dont les Etats Signataires seront unanimes à reconnaître qu'elle résulte d'un changement fondamental intervenu dans les conditions existant lors de l'entrée en vigueur de la présente Convention.

Dans l'un ou l'autre de ces cas ils modifieront, d'un commun accord, la présente Convention et les Conventions rattachées, dans la mesure rendue nécessaire ou appropriée par le changement fondamental intervenu dans la situation.

Article 11

1. — Supprimé.

2. — Supprimé.

3. — La présente Convention et les Conventions rattachées seront déposées dans les archives du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne qui en remettra des copies certifiées conformes à chacun des Etats Signataires et qui notifiera à chacun de ces Etats la date d'entrée en vigueur de la Convention et des Conventions rattachées.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements, ont apposé leurs signatures au bas de la présente Convention.

Fait à BONN, le vingt sixième jour du mois de mai 1952, en trois textes, en langues française, anglaise et allemande, les trois versions faisant également foi.

Pour la République Française
signé:
Robert Schuman

Pour les Etats-Unis d'Amérique
signé:
Dean Acheson

Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
signé:
Anthony Eden

Pour la République Fédérale d'Allemagne
signé:
Adenauer

ANHANG A
(gestrichen)

ANHANG B
zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten

Satzung des Schiedsgerichtes

ABSCHNITT I

Zusammensetzung, Organisation und Sitz des Schiedsgerichtes

Artikel 1

(1) Das Schiedsgericht besteht aus neun Mitgliedern, welche die erforderlichen Voraussetzungen für die Ausübung der obersten richterlichen Ämter in ihrem Lande erfüllen oder Rechtsgelehrte von anerkannter Sachkenntnis auf dem Gebiet des internationalen Rechts sind.

(2) Die neun Mitglieder des Gerichtes werden folgendermaßen bestellt:

(a) drei Mitglieder werden von der Bundesregierung ernannt;

(b) drei Mitglieder werden von den Regierungen der Drei Mächte ernannt, und zwar von jeder der Drei Mächte ein Mitglied;

(c) ein Präsident und zwei Vizepräsidenten (im folgenden auch als „neutrale Mitglieder" bezeichnet), die weder deutsche Staatsangehörige noch Staatsangehörige einer der Drei Mächte sein dürfen, werden durch Übereinkunft zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Drei Mächte ernannt.

(3) Die Bundesregierung und die Regierungen der Drei Mächte werden einander spätestens sechzig Tage nach Inkrafttreten dieser Satzung die Namen der Mitglieder mitteilen, die sie erstmalig zu ernennen haben. Innerhalb derselben Frist werden sich die Bundesregierung und die Regierungen der Drei Mächte über die Namen der drei neutralen Mitglieder einigen, von denen eines zum Präsidenten und die beiden anderen zu Vizepräsidenten zu ernennen sind. Ist bei Ablauf dieser Frist eine Einigung bezüglich eines oder mehrerer neutraler Mitglieder nicht erfolgt, so können die Bundesregierung oder die Regierungen der Drei Mächte den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs um deren Bestimmung ersuchen.

(4) Die Ernennung der Mitglieder für freiwerdende Sitze erfolgt nach demselben Verfahren, das für die Ernennung der zu ersetzenden Mitglieder maßgeblich ist. Bleibt jedoch ein Sitz, dessen Inhaber von der Bundesregierung oder einer der Regierungen

ANNEX A
Deleted.

ANNEX B
to the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany

Charter of the Arbitration Tribunal

PART I

Composition, Organisation and Seat of the Tribunal

Article 1

1. The Tribunal shall be composed of nine members who shall have the qualifications required in their respective countries for appointment to the highest judicial offices or shall be lawyers of recognized competence in international law

2. The nine members of the Tribunal shall be appointed as follows:

(a) three members appointed by the Governments of the Three Powers, one by each Government;

(b) three members appointed by the Federal Government;

(c) a President and two Vice-Presidents (hereinafter refered to also as "the neutral members") appointed by agreement between the Governments of the Three Powers and the Federal Government, none of whom shall be a national of any one of the Three Powers or a German national.

3. The Governments of the Three Powers and the Federal Government shall make known their first appointments not later than sixty days after the entry into force of the present Charter. Within the same period the Governments of the Three Powers and the Federal Government shall agree upon the three neutral members, one of whom shall be nominated as President and the other two as Vice-Presidents. If, after the expiry of such period, one or more of the neutral members shall not have been agreed upon, either the Governments of the Three Powers or the Federal Government may request the President of the International Court of Justice to nominate such neutral member or members.

4. Appointments to fill vacancies shall be made in the same manner as the appointment of the member to be replaced However, if a vacancy to be filled by the Government of one of the Three Powers or the Federal Government is not so filled within

ANNEXE A
— supprimé —

ANNEXE B
à la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne

Charte du Tribunal d'Arbitrage

TITRE I

Composition, organisation et siège du Tribunal

Article 1

1. — Le Tribunal se compose de neuf membres qui doivent réunir les conditions requises pour être nommés dans leurs pays respectifs aux plus hautes fonctions judiciaires, ou être des jurisconsultes possédant une compétence notoire en droit international.

2. — Les neuf membres du Tribunal sont ainsi désignés:

(a) trois membres sont nommés par les Gouvernements des Trois Puissances à raison d'un membre par chacun d'entre eux;

(b) trois membres sont nommés par le Gouvernement Fédéral;

(c) Un Président et deux Vice-Présidents (également ci-après dénommes «les membres neutres»), dont aucun ne doit être ressortissant de l'une des Trois Puissances ou ressortissant allemand, sont nommés par accord entre les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral.

3. — Les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral notifieront, au plus tard soixante jours après la date d'entrée en vigueur de la présente Charte, les noms des premiers membres qu'il leur appartient de nommer Dans ce même délai, les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral se mettront d'accord sur les noms des trois membres neutres, dont l'un sera désigné en qualité de Président et les deux autres en qualité de Vice-Présidents. Si, après l'expiration de cette période, un accord n'est pas intervenu sur le choix d'un ou de plusieurs membres neutres, les Gouvernements des Trois Puissances ou le Gouvernement Fédéral pourront demander au Président de la Cour Internationale de Justice de procéder à leur désignation

4. — La nomination aux sieges devenus vacants se fait selon la même méthode que celle qui a été suivie pour la nomination des membres à remplacer. Toutefois, si un siège dont le titulaire doit être nommé par l'un des Gouvernements des Trois Puissan-

der Drei Mächte zu ernennen ist, länger als einen Monat unbesetzt, so können die Bundesregierung oder die Regierungen der Drei Mächte den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ersuchen, für diesen Sitz vorläufig eine Persönlichkeit zu ernennen, die weder die deutsche noch die Staatsangehörigkeit einer der Drei Mächte besitzt und die für eine Zeit von sechs Monaten oder bis zur Ernennung eines endgültigen Mitgliedes im gewöhnlichen Verfahren im Amte bleibt, falls diese Ernennung nicht innerhalb der genannten Frist erfolgt. Ist das zu ersetzende Mitglied ein neutrales Mitglied, so können die Bundesregierung oder die Regierungen der Drei Mächte den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes um seine Ernennung ersuchen, wenn die in Unterabsatz (c) des Absatzes (2) dieses Artikels vorgesehene Übereinkunft nicht innerhalb eines Monats nach dem Zeitpunkt, in dem der Sitz frei wurde, erzielt werden kann.

(5) Das Gericht kann durch Mehrheitsbeschluß einen Sitz für frei geworden erklären, wenn nach seiner Auffassung ein Mitglied ohne hinreichenden Grund in einer Angelegenheit, an der es mitzuwirken hatte, den Sitzungen ferngeblieben ist oder sich geweigert hat, an ihnen teilzunehmen.

one month of its occurring, either the Governments of the Three Powers or the Federal Government may request the President of the International Court of Justice to make an interim appointment to the vacancy of a person who shall not be a national of any one of the Three Powers or a German national and who shall serve for a period of six months or until the vacancy is filled in the normal manner, whichever is longer. If the member to be replaced is a neutral member, the Governments of the Three Powers or the Federal Government may request the President of the International Court of Justice to make such appointment, if the agreement envisaged by sub-paragraph (c) of paragraph 2 of this Article has not been reached within one month of the vacancy occurring.

5. The Tribunal may, by majority vote, declare a vacancy if, in its opinion, a member has, without reasonable excuse, failed or refused to participate in the hearing or decision of a case to which he has been assigned.

ces ou par le Gouvernement Fédéral reste vacant pendant plus d'un mois, les Gouvernements des Trois Puissances ou le Gouvernement Fédéral peuvent demander au Président de la Cour Internationale de Justice de nommer à titre intérimaire un remplaçant qui ne soit ni ressortissant allemand, ni ressortissant de l'une des Trois Puissances, et qui restera en fonctions pendant un délai de six mois, ou jusqu'à la nomination d'un titulaire définitif par le procédé normal, au cas où cette nomination n'interviendrait qu'après l'expiration de ce délai. Lorsque le membre à remplacer est un membre neutre, les Gouvernements des Trois Puissances ou le Gouvernement Fédéral peuvent demander au Président de la Cour Internationale de Justice de procéder à la nomination, si l'accord prévu à l'alinéa (c) du paragraphe 2 du présent Article n'a pas été réalisé dans le délai d'un mois après le début de la vacance.

5. — Le Tribunal peut, par vote majoritaire, déclarer une vacance lorsque, à son avis, l'un des membres s'est abstenu ou a refusé, sans excuse valable, de siéger dans une affaire pour laquelle il a été désigné.

Artikel 2

(1) Die Mitglieder des Gerichtes werden für vier Jahre ernannt. Nach Ablauf ihrer Amtszeit können sie wieder ernannt werden.

(2) Ein Mitglied, dessen Amtszeit abgelaufen ist, hat dennoch sein Amt weiterzuführen, bis sein Nachfolger ernannt ist. Auch nach dieser Ernennung hat es, sofern der Präsident nicht anders entscheidet, seine Tätigkeit in den anhängigen Angelegenheiten, mit denen es befaßt war, fortzusetzen, bis eine endgültige Entscheidung in diesen Angelegenheiten ergangen ist.

(3) Die Mitglieder des Gerichtes dürfen keine Tätigkeit ausüben, die mit der normalen Wahrnehmung ihres Amtes unvereinbar ist; sie dürfen an der Erledigung einer bestimmten Angelegenheit nicht mitwirken, mit der sie in anderer Eigenschaft bereits befaßt waren oder an der sie unmittelbar interessiert sind. Bei Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung dieses Absatzes entscheidet das Gericht.

(4) (a) Die Mitglieder des Gerichtes genießen während ihrer Amtsdauer und nach deren Ablauf Immunität gegen gerichtliche Verfolgung wegen Handlungen, die sie in Ausübung ihres Amtes vorgenommen haben.

(b) Die Mitglieder des Gerichtes, die nicht deutscher Staatsangehörigkeit sind, genießen im Bundesgebiet außerdem die Vorrechte und Immunitäten, die den Leitern diplomatischer Missionen zustehen. Werden im Gebiet einer der Drei Mächte

Article 2

1. The members of the Tribunal shall be appointed for four years. They may be reappointed after the expiration of their terms of office.

2. A member whose term of office has expired shall nevertheless continue to discharge his duties until his successor is appointed. After such appointment he shall, unless the President of the Tribunal directs otherwise, continue to discharge his duties respecting pending cases in which he has participated until such cases have been finally decided.

3. Members of the Tribunal shall not engage in any activity incompatible with the proper exercise of their duties, nor shall they participate in the adjudication of any case with which they have previously been concerned in another capacity or in which they have a direct interest. Differences of opinion regarding the applicability of this paragraph shall be resolved by the Tribunal.

4. (a) During and after their terms of office, the members of the Tribunal shall enjoy immunity from suit in respect of acts performed in the exercise of their official duties.

(b) The members of the Tribunal who are not of German nationality shall, moreover, enjoy in the Federal territory the same privileges and immunities as are accorded chiefs of diplomatic missions. If sittings or official acts take place

Article 2

1. — Les membres du Tribunal sont nommés pour quatre ans. Ils peuvent faire l'objet d'une nouvelle nomination à l'expiration de leur mandat.

2. — Un membre dont le mandat est expiré doit cependant continuer à exercer ses fonctions jusqu'à ce que son successeur ait été nommé. Après cette nomination, à moins que le Président n'en décide autrement, il doit encore continuer à exercer ses fonctions dans les affaires en instance dont il avait à s'occuper, jusqu'à ce que ces affaires aient été définitivement réglées.

3. — Les membres du Tribunal ne peuvent se livrer à aucune activité incompatible avec l'exercice normal de leurs fonctions, ni participer au règlement d'aucune affaire dont ils ont eu antérieurement à s'occuper à un autre titre, ou dans laquelle ils ont un intérêt direct. En cas de contestation sur l'application du présent paragraphe, le Tribunal statue.

4. — (a) Pendant la durée de leur mandat et après l'expiration de celui-ci, les membres du Tribunal jouissent de l'immunité de juridiction à raison des actes accomplis dans l'exercice de leurs fonctions.

(b) Les membres du Tribunal qui ne sont pas de nationalité allemande jouissent, en outre, sur le territoire fédéral des mêmes privilèges et immunités que ceux qui sont prévus pour les chefs des missions diplomati-

Sitzungen abgehalten oder Amtshandlungen vorgenommen, so genießen die Mitglieder des Gerichtes, die nicht dem Staate angehören, in dem die Sitzung stattfindet oder die Amtshandlung vorgenommen wird, in diesem Lande die diplomatischen Immunitäten und Vorrechte.

in the territory of one of the Three Powers, the members of the Tribunal who are not of the nationality of the country in which the sitting or act takes place shall enjoy diplomatic privileges and immunities in such country.

ques. Si des séances ont lieu sur le territoire de l'une des Trois Puissances ou si des actes officiels y sont accomplis, les membres du Tribunal qui ne sont pas ressortissants du pays dans lequel la séance a lieu ou l'acte est accompli, jouissent dans ce pays des privilèges et immunités diplomatiques.

(5) Die Mitglieder des Gerichtes haben sich vor Aufnahme ihrer Tätigkeit in öffentlicher Sitzung zu verpflichten, ihr Amt unparteiisch und gewissenhaft auszuüben.

5. Every member of the Tribunal shall, before taking office, make a declaration at a public session that he will exercise his duties impartially and conscientiously.

5. — Tout membre du Tribunal doit, avant d'entrer en fonctions, prendre en séance publique l'engagement d'exercer ses attributions en pleine impartialité et en toute conscience.

(6) Unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes (5) des Artikels 1 dieser Satzung kann ein Mitglied vor Ablauf seiner Amtszeit oder vor Beendigung seiner Amtspflichten gemäß Absatz (2) dieses Artikels nur durch Übereinkunft der Bundesregierung und der Regierungen der Drei Mächte oder, falls es sich um ein von dem Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ernanntes Mitglied handelt, nur durch Übereinkunft der Bundesregierung und der Regierungen der Drei Mächte und mit Zustimmung des Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes abberufen werden.

6. Subject to the provisions of paragraph 5 of Article 1 of the present Charter, no member may be dismissed before the expiry of his term of office, or before the termination of his duties in accordance with paragraph 2 of this Article, except by agreement between the Governments of the Three Powers and the Federal Government; or, in the case of a member appointed by the President of the International Court of Justice, by agreement between the Governments of the Three Powers and the Federal Government, with the consent of the President of the International Court of Justice.

6. — Sous réserve des dispositions du paragraphe 5 de l'Article 1 de la présente Charte, aucun membre du Tribunal ne peut être révoqué avant l'expiration de son mandat ou avant la cessation de ses fonctions dans les conditions prévues au paragraphe 2 du présent Article, si ce n'est par accord entre les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral ou, s'il s'agit d'un membre qui a été nommé par le Président de la Cour Internationale de Justice, par accord entre les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral, avec le consentement du Président de la Cour Internationale de Justice.

Artikel 3
(gestrichen)

Article 3
Deleted.

Article 3
— supprimé —

Artikel 4

(1) Das Gericht tagt unter dem Vorsitz des Präsidenten oder eines Vizepräsidenten entweder in Plenarsitzung oder in Kammern von drei Mitgliedern.

Article 4

1. The Tribunal, presided over by the President or one of the Vice-Presidents, shall sit either in plenary session or in Chambers of three members.

Article 4

1. — Le Tribunal siège sous la présidence du Président ou de l'un des Vice-Présidents, soit en assemblée plénière, soit en Chambre de trois membres.

(2) Die Plenarsitzung umfaßt grundsätzlich alle Mitglieder des Gerichtes; ein Quorum von fünf Mitgliedern genügt zur Bildung des Plenums; es kann nur bei Anwesenheit einer ungeraden Zahl von Mitgliedern beraten und entscheiden; auf jeden Fall muß die Zahl der von der Bundesregierung ernannten Mitglieder und die Zahl der von den Drei Mächten ernannten Mitglieder gleich sein; ferner muß ihm stets mindestens ein neutrales Mitglied angehören.

2. A plenary session shall, in principle, include all the members of the Tribunal. A quorum of five members shall suffice to constitute a plenary session; it shall be composed of an uneven number of members and in any case shall consist of an equal number of the members appointed by the Governments of the Three Powers and of those appointed by the Federal Government, and at least one neutral member.

2. — L'assemblée plénière comprend, en principe, tous les membres du Tribunal. Le quorum de cinq est suffisant pour la constituer; elle ne peut délibérer qu'en nombre impair; elle doit en tout cas comprendre un nombre égal de membres nommés par les Gouvernements des Trois Puissances et de membres nommés par le Gouvernement Fédéral, et au moins un membre neutre.

(3) Die Kammern bestehen aus je einem von der Bundesregierung ernannten, einem von den Regierungen der Drei Mächte ernannten und einem neutralen Mitglied.

3. Chambers shall be composed of one of the members appointed by the Governments of the Three Powers, one of the members appointed by the Federal Government and one neutral member.

3. — Les Chambres sont composées d'un des membres nommés par les Gouvernements des Trois Puissances, d'un des membres nommés par le Gouvernement Fédéral et d'un membre neutre.

(4) Das Gericht entscheidet in Plenarsitzung über die Verteilung der Mitglieder auf die Kammern, bestimmt die Arten von Angelegenheiten, die von den einzelnen Kammern zu entscheiden sind, oder weist eine bestimmte Angelegenheit einer Kammer zu.

4. The Tribunal in plenary session shall nominate the members of such Chambers, define the categories of cases with which a Chamber will be concerned or assign a particular case to a Chamber.

4. — Le Tribunal, en assemblée plénière, répartit les membres entre les Chambres, détermine les catégories d'affaires dont les Chambres connaissent ou attribue à une Chambre une affaire déterminée.

(5) Jede Entscheidung, die eine Kammer in einer ihr zugewiesenen Angelegenheit gefällt hat, gilt als Entscheidung des Gerichtes.

5. Any decision of a Chamber, on a case assigned to it, shall be deemed to be a decision of the Tribunal.

5. — Toute décision rendue par une Chambre sur une affaire qui lui a été dévolue sera considérée comme rendue par le Tribunal.

(6) Die endgültige Entscheidung über eine einer Kammer zugewiesene Angelegenheit muß von dem Gericht

6. The final decision on a case assigned to a Chamber must be taken by the Tribunal in plenary session, if

6. — La décision définitive sur une affaire dévolue à une Chambre doit être rendue par le Tribunal en

in Plenarsitzung gefällt werden, wenn eine der Parteien es beantragt, bevor die Kammer eine endgültige Entscheidung gefällt hat.

one of the parties so requests before the Chamber itself has pronounced a final decision.

assemblée plénière, si l'une des parties le demande avant que la Chambre n'ait elle-même rendu une décision définitive.

Artikel 5

Die Verhandlungen sind öffentlich, sofern das Gericht nicht anders beschließt. Die Beratungen des Gerichtes sind und bleiben geheim. Das gleiche gilt für Tatsachen, von denen das Gericht in nichtöffentlicher Sitzung Kenntnis erhalten hat.

Article 5

The Tribunal shall sit in public unless it decides otherwise. The deliberations of the Tribunal shall be and shall remain secret as shall all facts brought to its attention in closed session.

Article 5

Les audiences sont publiques, à moins que le Tribunal n'en décide autrement. Les délibérations du Tribunal sont et demeurent secrètes. Il en est de même pour les faits dont il a eu connaissance à huis clos.

Artikel 6

(1) Die Verwaltungsangelegenheiten des Gerichtes werden einem Sekretär übertragen, dem das erforderliche Personal beigegeben ist. Der Sekretär vermittelt den Schriftverkehr; er führt das Register der bei Gericht eingehenden Anträge und ist für das Archiv und die Rechnungsführung verantwortlich.

(2) Der Sekretär wird erstmalig durch Übereinkunft zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten bestellt. Der Sekretär ist auf Dauer im Amt und kann nur durch das Gericht entlassen und durch einen Nachfolger ersetzt werden.

(3) Nach Eingang des ersten Schriftsatzes gemäß Artikel 14 dieser Satzung benachrichtigt der Sekretär unverzüglich den Präsidenten, der daraufhin, sobald dies durchführbar ist, die erste Plenarsitzung des Schiedsgerichtes an dessen Sitz einzuberufen hat, um die Verfahrensordnung festzulegen und sonstige Angelegenheiten zu behandeln. Danach tritt das Schiedsgericht nach Bedarf zusammen.

(4) Die Absätze (3) und (4) des Artikels 2 dieser Satzung treten erst mit der ersten in Absatz (3) dieses Artikels erwähnten Plenarsitzung in Kraft.

Article 6

1. A Registrar shall be responsible for the administration of the Tribunal; he shall have the necessary staff at his disposal. The Registrar shall handle the transmission of documents, keep a record of petitions submitted to the Tribunal and be responsible for the archives and accounts of the Tribunal.

2. The first Registrar shall be appointed by agreement between the Three Powers and the Federal Republic. The Registrar shall be a permanent official subject to dismissal and replacement only by the Tribunal.

3. The Registrar, upon receipt of the first petition filed pursuant to Article 14 of the present Charter, shall immediately notify the President, who shall thereupon call the first meeting of the Tribunal in plenary session at the seat of the Tribunal as soon as practicable, for the purpose of determining the Rules of Procedure and attending to other business. Thereafter the Tribunal shall meet as business requires.

4. Paragraphs 3 and 4 of Article 2 of the present Charter shall not become effective until the first meeting in plenary session referred to in paragraph 3 of this Article.

Article 6

1. — La charge de l'administration du Tribunal est confiée à un Greffier qui a sous ses ordres, à cet effet, le personnel nécessaire. Le Greffier assure la communication des pièces; il tient le rôle des requêtes soumises au Tribunal; il est responsable des archives et de la comptabilité du Tribunal.

2. — Le Greffier est initialement désigné par accord entre les Trois Puissances et la République Fédérale. Il est fonctionnaire permanent et ne peut être révoqué et remplacé que par le Tribunal.

3. — Dès réception de la première requête déposée conformément à l'Article 14 de la présente Charte, le Greffier en avisera immédiatement le Président qui convoquera, dès que possible, le Tribunal pour une première réunion en assemblée plénière au siège du Tribunal, afin d'établir les règles de procédure et de veiller à l'exécution des autres travaux. Par la suite, le Tribunal tiendra ses réunions en fonction des tâches à accomplir.

4. — Les paragraphes 3 et 4 de l'Article 2 de la présente Charte ne recevront pas application avant la première session plénière visée au paragraphe 3 du présent Article.

Artikel 7

Das Gericht hat seinen Sitz an einem Ort des Bundesgebietes, der durch ein ergänzendes Verwaltungsabkommen zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Drei Mächte festgelegt wird. Es kann, wenn es dies für angebracht hält, auch an anderen Orten Sitzungen abhalten und Amtsgeschäfte wahrnehmen.

Article 7

The seat of the Tribunal shall be located within the Federal territory at such place as shall be determined by a subsidiary administrative agreement between the Governments of the Three Powers and the Federal Government. The Tribunal may, however, sit and exercise its functions elsewhere, when it deems it desirable to do so.

Article 7

Le siège du Tribunal sera situé sur le territoire de la République Fédérale et sera déterminé par un accord administratif subsidiaire entre les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral. Le Tribunal peut, toutefois, siéger et exercer ses fonctions ailleurs lorsqu'il le juge désirable.

Artikel 8

Die Bestimmungen über die Kosten für die Unterhaltung des Gerichtes, einschließlich der Bezüge seiner Mitglieder, sowie die notwendigen Maßnahmen, um die Unverletzlichkeit der Räume des Gerichtes sicherzustellen, werden durch das in Artikel 7 dieser Satzung genannte Verwaltungsabkommen getroffen.

Article 8

Questions pertaining to the operating costs of the Tribunal, including the official emoluments of members, as well as arrangements for securing the inviolability of the premises of the Tribunal, shall be regulated by the subsidiary administrative agreement referred to in Article 7 of the present Charter.

Article 8

Les questions relatives aux frais de fonctionnement du Tribunal, y compris les traitements des membres, ainsi que les dispositions nécessaires pour assurer l'inviolabilité des locaux du Tribunal seront réglées par l'accord administratif subsidiaire visé à l'Article 7 de la présente Charte.

ABSCHNITT II

Zuständigkeit und Befugnisse des Schiedsgerichtes

Artikel 9

(1) Das Gericht ist für alle Streitigkeiten zuständig, die sich zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten aus den Bestimmungen des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (nachstehend als „der Vertrag" bezeichnet) dieser Satzung oder der in Artikel 8 des Vertrages aufgeführten Zusatzverträge ergeben und deren Beilegung durch Verhandlungen oder auf eine andere zwischen allen Unterzeichnerstaaten vereinbarte Weise den Parteien nicht gelingt, soweit nicht in dem Vertrag, dieser Satzung oder den Zusatzverträgen bestimmte Streitigkeiten ausdrücklich von der Zuständigkeit des Gerichtes ausgenommen sind.

(2) (a) Das Gericht ist ferner zuständig für die Entscheidung über Fragen der Zuständigkeit folgender Instanzen:

Der im Ersten Teil des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen bezeichnete Prüfungsausschuß;

das im Dritten Teil desselben Vertrages bezeichnete Oberste Rückerstattungsgericht;

die im Fünften und Zehnten Teil desselben Vertrags bezeichnete Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen in Deutschland:

(b) Die Frage der Zuständigkeit dieser Instanzen kann von der Rechtshängigkeit an jederzeit, auch nach dem Erlaß einer endgültigen Entscheidung, erhoben werden.

(c) In den vorstehenden Fragen sind die Entscheidungen des Gerichtes für die Instanzen, deren Zuständigkeit bestritten war, bindend.

(3) Die Entscheidungen der in Unterabsatz (a) des Absatzes (2) dieses Artikels erwähnten Instanzen unterliegen der Zuständigkeit des Gerichtes nur insoweit, als dies in Unterabsatz (a) des Absatzes (2) dieses Artikels bestimmt ist, falls in einem der Zusatzverträge nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

(4) Die Zuständigkeits- und Sachentscheidungen der in den Zusatzverträgen vorgesehenen oder bezeichneten Instanzen, die nicht in Unterabsatz (a) des Absatzes (2) dieses Artikels erwähnt sind, unterliegen der Zuständigkeit des Gerichtes nur, soweit dies in Absatz (1) dieses Artikels bestimmt ist, falls in einem der Zusatzverträge nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

PART II

Competence and Powers of the Tribunal

Article 9

1. The Tribunal shall have jurisdiction over all disputes arising between the Three Powers and the Federal Republic under the provisions of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany (hereinafter referred to as "the Convention") or the present Charter or any of the related Conventions, listed in Article 8 of the Convention, which the parties are not able to settle by negotiation or by other means agreed between all the Signatory States, except disputes expressly excluded from its jurisdiction by the provisions of the Convention or the present Charter or any of the related Conventions.

2. (a) The Tribunal shall, moreover, have jurisdiction in respect of any question as to the extent of the competence of the following authorities:

The Board of Review referred to in Chapter One of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation;

The Supreme Restitution Court referred to in Chapter Three of that Convention;

The Arbitral Commission on Property, Rights and Interests in Germany referred to in Chapters Five and Ten of that Convention.

(b) A question as to the extent of the competence of these authorities may be raised at any time after the institution of proceedings before them and also after a final decision.

(c) The decisions of the Tribunal on these questions shall be binding on the authorities whose competence has been questioned.

3. The decisions of the authorities specified in sub-paragraph (a) of paragraph 2 of this Article shall be subject to the jurisdiction of the Tribunal only to the extent contemplated in sub-paragraph (a) of paragraph 2 of this Article, unless the contrary is expressly provided in one of the related Conventions.

4. Decisions of the authorities provided for or referred to in the related Conventions, other than those specified in sub-paragraph (a) of paragraph 2 of this Article, shall be subject to review by the Tribunal, whether on questions as to the extent of competence or on the merits, only to the extent contemplated by paragraph 1 of this Article, unless the contrary is expressly provided in one of the related Conventions

TITRE II

Compétence et pouvoirs du Tribunal

Article 9

1. — Le Tribunal est compétent pour statuer sur tous les litiges entre les Trois Puissances et la République Fédérale, résultant de l'application de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne (ci-après dénommée «la Convention»), ou de la présente Charte ou de l'une quelconque des Conventions rattachées énumérées dans l'Article 8 de ladite Convention, que les parties ne parviennent pas à régler par des négociations ou par tous autres moyens agréés par l'ensemble des Etats Signataires à l'exception des litiges expressément exclus de sa compétence par les dispositions de la Convention, de la présente Charte ou de l'une quelconque des Conventions rattachées.

2. — (a) Le Tribunal est en outre compétent pour statuer sur les questions relatives à la compétence des autorités suivantes:

La Commission de Révision visée au Chapitre Premier de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation;

La Cour Suprême des Restitutions visée au Chapitre Troisième de ladite Convention;

La Commission Arbitrale sur les Biens, Droits et Intérêts en Allemagne visée aux Chapitres Cinquième et Dixième de cette même Convention.

(b) Toute question relative à l'étendue de la compétence de ces autorités peut être soulevée à tout moment après l'introduction de l'instance auprès de l'une de ces autorités et même postérieurement à une décision définitive.

(c) Les décisions du Tribunal dans les questions indiquées ci-dessus sont obligatoires pour les autorités dont la compétence a été contestée.

3. — Les décisions des autorités énumérées à l'alinéa (a) du paragraphe 2 du présent Article ne relèveront de la compétence du Tribunal que dans la mesure envisagée à l'alinéa (a) du paragraphe 2 du présent Article, sauf dispositions contraires expresses figurant dans l'une des Conventions rattachées.

4. — Les décisions des autorités prévues ou visées dans les Conventions rattachées, autres que celles qui sont énumérées à l'alinéa (a) du paragraphe 2 du présent Article, ne relèveront de la compétence du Tribunal, quant à l'étendue de la compétence ou quant au fond, que dans la mesure envisagée au paragraphe 1 du présent Article, sauf dispositions contraires expresses figurant dans l'une des Conventions rattachées.

(5) Vor dem Gericht können nur die Bundesregierung einerseits und eine oder mehrere der Regierungen der Drei Mächte andererseits Parteien sein. Erhebt die Bundesregierung eine Klage gegen eine oder zwei Regierungen der Drei Mächte oder erheben eine oder zwei der Regierungen der Drei Mächte eine Klage gegen die Bundesregierung, so können die anderen Regierungen der Drei Mächte das Gericht um Zulassung als Streitgenossen ersuchen.

5. Only the Governments of one or more of the Three Powers, on the one hand, and the Federal Government, on the other, may be parties before the Tribunal. If the Federal Government brings a complaint against one or two of the Governments of the Three Powers, or if one or two of the Governments of the Three Powers brings a complaint against the Federal Government, the other Government or Governments of the Three Powers may apply to the Tribunal to be joined as parties.

5. — Seuls peuvent agir devant le Tribunal le Gouvernement Fédéral, d'une part, un ou plusieurs des Gouvernements des Trois Puissances, d'autre part Si le Gouvernement Fédéral engage une action contre un ou deux des Gouvernements des Trois Puissances, ou si un ou deux Gouvernements des Trois Puissances engagent une action contre le Gouvernement Fédéral, les autres Gouvernements des Trois Puissances peuvent demander au Tribunal l'autorisation d'être parties jointes.

Artikel 10

Das Gericht fällt seine Entscheidungen in der Form von Urteilen oder Verfügungen, die für die Parteien verbindlich sind.

Article 10

The Tribunal shall render its decisions in the form of judgments or directives which shall be binding on the parties.

Article 10

Le Tribunal rend ses décisions sous forme d'arrêts ou d'ordonnances qui sont obligatoires pour les parties.

Artikel 11

(1) Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, den Entscheidungen des Gerichtes nachzukommen und die Maßnahmen zu treffen, die ihnen durch diese Entscheidungen auferlegt werden oder die notwendig sind, um Abhilfe zu schaffen.

(2) Ist ein Unterzeichnerstaat, der auf Grund einer Entscheidung des Gerichtes Maßnahmen zur Ausführung dieser Entscheidungen zu treffen hat, außerstande, diese Maßnahmen innerhalb der vom Gericht festgesetzten Frist oder, wenn eine solche nicht festgesetzt ist, innerhalb angemessener Frist zu treffen, oder unterläßt er diese Maßnahmen innerhalb der genannten Fristen, so kann sich dieser Staat oder jeder andere Unterzeichnerstaat, der an dem Streit beteiligt ist, an das Gericht mit der Bitte um eine weitere Entscheidung bezüglich entsprechender anderweitiger Maßnahmen seitens des säumigen Staates wenden.

Article 11

1. The Signatory States undertake to comply with the decisions of the Tribunal and to take the action required of them by such decisions or necessary to remedy the situation.

2. If a Signatory State required by a decision of the Tribunal to take action to give effect to that decision is unable, or fails, to take such action within the time specified by the Tribunal, or if no time is specified, within a reasonable time, then that State, or any other Signatory State a party to the dispute, may apply to the Tribunal for a further decision as to alternative action to be taken by the defaulting State.

Article 11

1. — Les Etats Signataires s'engagent à se conformer aux décisions du Tribunal et à prendre les mesures qui leur sont imposées par ces décisions ou qui sont nécessaires pour remédier à la situation.

2. — Lorsqu'un Etat Signataire, tenu par une décision du Tribunal de prendre les mesures destinées à donner effet à cette décision, se trouve dans l'incapacité, ou s'abstient de prendre de telles mesures dans le délai fixé par le Tribunal ou, à défaut, dans un délai raisonnable, cet Etat, ou tout autre Etat Signataire, partie au litige, peut s'adresser au Tribunal en vue d'obtenir une nouvelle décision concernant les mesures de remplacement qui devront être prises par l'Etat défaillant.

Artikel 12

(1) Das Gericht, oder in dringenden Fällen der Präsident, kann durch Verfügung die einstweiligen Maßnahmen anordnen, die zur Sicherung der Rechte der Parteien bis zum Erlaß des Urteils des Gerichtes erforderlich sind. Die von dem Präsidenten auf Grund dieses Artikels erlassene Verfügung kann von dem Gericht innerhalb von zweiundsiebzig Stunden nach ihrer Zustellung an die Parteien bestätigt, geändert oder aufgehoben werden.

(2) Bevor das Gericht oder der Präsident auf Grund dieses Artikels eine Verfügung erläßt, ist den Parteien Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(3) Bei Abwesenheit des Präsidenten werden die ihm durch diesen Artikel übertragenen Aufgaben durch einen der Vizepräsidenten wahrgenommen, der von ihm dazu bestimmt ist.

Article 12

1. The Tribunal or, in a case of urgency, the President shall have the power, by the issue of directives, to take such measures as may be necessary to conserve the respective rights of the parties pending the judgment of the Tribunal. Any directive issued by the President under this Article may be confirmed, amended or annulled by the Tribunal within seventy-two hours after the notification thereof to the parties.

2. The parties shall be afforded an opportunity to be heard prior to the issue of any directive by the Tribunal or by the President under this Article.

3. In the absence of the President, his powers under this Article shall be exercised by one of the Vice-Presidents to be designated by the President for this purpose.

Article 12

1. — Le Tribunal ou, en cas d'urgence, le Président a le pouvoir de décider, par voie d'ordonnance, les mesures conservatoires du droit de chaque partie qui peuvent être nécessaires en attendant l'arrêt du Tribunal. Toute ordonnance rendue par le Président en application du présent Article peut être confirmée, amendée ou annulée par le Tribunal dans un délai de 72 heures après sa notification aux parties.

2. — Avant que toute ordonnance ne soit rendue par le Tribunal ou par le Président en application du présent Article, la possibilité doit être donnée aux parties de se faire entendre

3. — En cas d'absence du Président, les fonctions que lui confère le présent Article seront exercées par l'un des Vice-Présidents désigné par lui à cet effet.

ABSCHNITT III
Verfahren

Artikel 13

Die Gerichtssprachen sind deutsch, französisch und englisch.

Artikel 14

Das Verfahren wird eingeleitet durch Einreichung eines Schriftsatzes, der eine Darlegung der Tatsachen, die dem Streite zugrunde liegen, die Bezeichnung der Bestimmungen des Vertrags, dieser Satzung oder der Zusatzverträge, auf welche die Partei sich beruft, Rechtsausführungen sowie die Anträge enthält.

Artikel 15

(1) Die Parteien werden durch Prozeßbevollmächtigte vertreten. Sie können Rechtsberater hinzuziehen.

(2) Die Prozeßbevollmächtigten und die Rechtsberater genießen Immunität gegen gerichtliche Verfolgung wegen der in Ausübung ihrer Tätigkeit vorgenommenen Handlungen.

Artikel 16

(1) Der Vorsitzende kann die Prozeßbevollmächtigten einladen, um ihre Wünsche über die Fristen und den Gang des Verfahrens entgegenzunehmen.

(2) Der Vorsitzende setzt die Fristen für die Einreichung der Prozeßschriften fest und verfügt alle Maßnahmen, die für den Gang des Verfahrens erforderlich sind.

(3) Jedes Schriftstück, das von einer der Parteien eingereicht wird, ist von dem Sekretär unverzüglich der anderen Partei in beglaubigter Abschrift zu übermitteln.

Artikel 17

Das Verfahren besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Auf Antrag beider Parteien kann von dem mündlichen Teil abgesehen werden.

Artikel 18

(1) Das schriftliche Verfahren besteht aus Klageschrift, Klagebeantwortung und, sofern das Gericht nicht anders entscheidet, aus einer Replik und einer Duplik.

(2) Widerklage ist zulässig.

Artikel 19

(1) Das mündliche Verfahren besteht aus den Ausführungen des Klägers, der Beantwortung des Beklagten und, sofern das Gericht nicht anders entscheidet, einer Replik und einer Duplik sowie der Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen.

PART III
Proceedings

Article 13

The official languages of the Tribunal shall be French, English, and German

Article 14

Proceedings before the Tribunal shall be instituted by a written petition filed with the Tribunal which shall contain a statement of the facts giving rise to the dispute, reference to the provisions of the Convention or the present Charter or the related Conventions which are invoked, legal argument, and conclusions.

Article 15

1. The parties shall be represented by agents. They may be assisted by counsel.

2. Such agents and counsel shall enjoy immunity from suit in respect of acts performed in the exercise of their duties.

Article 16

1. The presiding member may summon the agents in order to be informed of their wishes concerning the time limits and conduct of the proceedings.

2. The presiding member shall set the time limits for the submission of pleadings and shall prescribe all the measures necessary for the conduct of the proceedings.

3. Certified copies of all documents submitted by either party shall be immediately forwarded to the other party through the Registrar.

Article 17

The proceedings shall consist of two parts; written and oral. Oral proceedings may be dispensed with if both parties so request.

Article 18

1. Written proceedings shall consist of a statement of the complainant's case, the defendant's answer and, unless the Tribunal directs otherwise, a reply and a rejoinder.

2. Counterclaims shall be permissible.

Article 19

1. Oral proceedings shall consist of the complainant's argument, the defendant's argument and, unless the Tribunal directs otherwise, a reply and a rejoinder, as well as hearings of witnesses and experts.

TITRE III
Procédure

Article 13

Les langues officielles du Tribunal sont le français, l'anglais et l'allemand.

Article 14

La procédure est introduite par le dépôt d'une requête écrite, qui contient l'exposé des faits qui donnent lieu au litige, l'indication des dispositions invoquées de la Convention, de la présente Charte ou des Conventions rattachées, l'argumentation juridique et les conclusions.

Article 15

1. — Les parties sont représentées par des agents. Elles peuvent se faire assister par des conseils.

2. — Les agents et les conseils bénéficient de l'immunité de juridiction à raison des actes accomplis dans l'exercice de leurs fonctions.

Article 16

1. — Le Président peut convoquer les agents pour connaître leurs désirs sur les délais et sur la marche de la procédure.

2. — Le Président fixe les délais de remise des pièces de procédure et prescrit toutes les mesures nécessaires pour la marche de la procédure.

3. — Toute pièce produite par l'une des parties doit être aussitôt communiquée à l'autre par le Greffier en copie certifiée conforme.

Article 17

La procédure comprend une phase écrite et une phase orale. La procédure orale peut être supprimée sur demande des deux parties.

Article 18

1. — La procédure écrite comprend un mémoire du demandeur, un contre-mémoire du défendeur et, sauf décision contraire du Tribunal, une réplique et une duplique.

2. — L'action reconventionnelle est admise.

Article 19

1. — La procédure orale comprend l'argumentation du demandeur, la réponse du défendeur, et, sauf décision contraire du Tribunal, une réplique et une duplique, ainsi que l'audition des témoins et des experts.

(2) Das Gericht kann die Vorlegung von Urkunden und sonstigen Beweismitteln verlangen; es kann Zeugen vorladen und anordnen, daß Gutachten erstattet und Ermittlungen angestellt werden.

(3) Bringt eine Partei ein Beweismittel nicht bei, über das sie verfügt oder das sie beschaffen kann und das nach Ansicht des Gerichtes auf die Sache Bezug hat, so entscheidet das Gericht trotz des Fehlens dieses Beweismittels.

(4) Der Vorsitzende und jedes andere Mitglied des Gerichtes können an die Parteien, Zeugen und Sachverständigen Fragen stellen.

(5) Über die mündliche Verhandlung wird ein Protokoll aufgenommen, das von dem Vorsitzenden und dem Sekretär unterzeichnet wird.

2. The Tribunal shall have power to demand the production of evidence, documentary or other, to require the attendance of witnesses to testify, to request expert opinion, and to direct inquiries to be made.

3. In the event that a party does not produce evidence which in the opinion of the Tribunal is relevant to the issues before it and which such party possesses or is in a position to procure, the Tribunal shall proceed to give its decision notwithstanding the absence of such evidence.

4. The presiding member or any other member of the Tribunal may put questions to the parties, witnesses and experts.

5. A written record of the oral proceedings shall be kept and shall be signed by the presiding member and the Registrar.

2. — Le Tribunal peut exiger la production de documents et de toutes preuves; il peut faire comparaître des témoins et ordonner des expertises et des enquêtes.

3. — Si l'une des parties ne fournit pas des preuves qui, de l'avis du Tribunal, ont trait à une affaire en instance et que cette partie détient ou pourrait obtenir, le Tribunal rend sa décision malgré l'absence de ces preuves.

4. — Le Président et tout autre membre du Tribunal peuvent poser des questions aux parties, aux témoins et aux experts.

5. — Les débats oraux font l'objet d'un procès-verbal qui est signé par le Président et par le Greffier.

Artikel 20

Das Gericht fällt seine Entscheidungen auf Grund des Vertrags, dieser Satzung und der Zusatzverträge. Bei der Auslegung dieser Verträge legt das Gericht die im internationalen Recht allgemein angewandten Auslegungsregeln für Verträge zugrunde.

Article 20

All decisions of the Tribunal shall be based on the Convention, the present Charter and the related Conventions. The Tribunal shall, in the interpretation of such Conventions, apply the generally accepted rules of international law governing the interpretation of treaties.

Article 20

Le Tribunal statue sur la base de la Convention, de la présente Charte et des Conventions rattachées. Pour l'interprétation de ces Conventions, le Tribunal applique les règles d'interprétation des traités généralement acceptées en droit international.

Artikel 21

(1) Das Gericht entscheidet mit Stimmenmehrheit.

(2) Die Urteile sind mit Gründen zu versehen.

(3) Die Urteile werden von dem Vorsitzenden und dem Sekretär unterzeichnet.

(4) Die Urteile sind rechtskräftig und unterliegen keinem Rechtsmittel.

(5) Entstehen Meinungsverschiedenheiten über Sinn und Tragweite eines Urteils, so kann das Gericht auf Antrag einer Partei und nach Anhören beider Parteien die strittigen Punkte durch Urteil auslegen.

Article 21

1. The Tribunal shall decide by majority vote.

2. Judgments shall state the reasons on which they are based.

3. Judgments shall be signed by the presiding member and by the Registrar.

4. Judgments shall be final and not subject to appeal.

5. In the case of a difference of opinion as to the meaning or scope of a judgment, the Tribunal may construe it by an interpretative judgment, on the application of either party and after having heard both parties.

Article 21

1. — Le Tribunal statue à la majorité.

2. — Les arrêts sont motivés.

3. — Les arrêts sont signés par le Président et par le Greffier.

4. — Les arrêts sont définitifs et sans recours.

5. — En cas de contestation sur le sens et la portée d'un arrêt, le Tribunal peut, par arrêt rendu sur demande d'une partie et après avoir entendu les deux parties, interpréter les points litigieux.

Artikel 22

Eine Revision des Urteils kann bei dem Gericht nur auf Grund der Entdeckung einer Tatsache beantragt werden, die geeignet ist, einen entscheidenden Einfluß auf das Urteil auszuüben, und die vor Erlaß des Urteils sowohl dem Gericht wie auch der Partei, welche die Revision beantragt, unbekannt war, ohne daß die Partei wegen der Unkenntnis ein Verschulden trifft.

Article 22

The revision of a judgment may not be requested of the Tribunal except upon the grounds of the discovery of a fact which is of such a nature as to exercise a decisive influence, and of which the Tribunal and the party requesting revision had been unaware before the pronouncement of the judgment, always provided that such ignorance was not due to negligence on the part of the party requesting the revision.

Article 22

La révision d'un arrêt ne peut être demandée au Tribunal qu'en raison de la découverte d'un fait de nature à exercer une influence décisive, et qui, avant le prononcé de l'arrêt, était inconnu du Tribunal et de la partie qui demande la révision, sans qu'il y ait eu de sa part faute à l'ignorer.

Artikel 23

(1) Die Parteien tragen ihre Prozeßkosten, sofern das Gericht nicht anders entscheidet.

Article 23

1. Unless the Tribunal directs otherwise, each party to proceedings before the Tribunal shall pay its own costs.

Article 23

1. — Sauf décision contraire du Tribunal, chaque partie supporte ses frais de procédure.

(2) Das Gericht trägt die Kosten für das Erscheinen der auf sein Verlangen geladenen Zeugen und für die von ihm angeordneten Gutachten und Ermittlungen.

2. The Tribunal shall bear the costs in respect of witnesses whose attendance it has required and expert opinions and inquiries which it has ordered.

2. — Le Tribunal supporte les frais résultant de la comparution des témoins convoqués sur sa demande et des expertises et enquêtes ordonnées par lui.

Artikel 24

Das Gericht gibt sich im Rahmen der Bestimmungen dieser Satzung seine Verfahrensordnung.

Article 24

The Tribunal shall determine its own rules of procedure consistent with the present Charter.

Article 24

Le Tribunal arrête son règlement intérieur de procédure dans le cadre des dispositions de la présente Charte.

ABSCHNITT IV

Rechtsgutachten

PART IV

Advisory Opinions

TITRE IV

Avis consultatifs

Artikel 25

(1) Auf gemeinsames Ersuchen der Bundesregierung und der Regierungen der Drei Mächte kann das Gericht Rechtsgutachten erstatten über alle Fragen über die Anwendung des Vertrags, dieser Satzung und der Zusatzverträge mit Ausnahme der Fragen, für deren Entscheidung das Gericht keine Zuständigkeit besitzt, wenn sie ihm im streitigen Verfahren vorgelegt würden.

(2) Das Gericht kann auch auf Ersuchen einer der in Absatz (2) des Artikels 9 dieser Satzung genannten Instanzen oder ihres Präsidenten Rechtsgutachten über die Zuständigkeit dieser Instanz erstatten.

(3) Die Rechtsgutachten haben keine bindende Wirkung.

Article 25

1. The Tribunal may, at the joint request of the Governments of the Three Powers and of the Federal Government, give an advisory opinion on any matter arising out of the Convention or the present Charter or the related Conventions with the exception of those questions with which it would not have been competent to deal if they had been referred to it in the form of a dispute

2. The Tribunal may, at the request of an authority referred to in paragraph 2 of Article 9 of the present Charter or at the request of the presiding member of such an authority, give an advisory opinion on the competence of such authority

3. Advisory opinions shall not be binding

Article 25

1. — A la demande conjointe des Gouvernements de la République Fédérale et des Trois Puissances, le Tribunal peut donner un avis consultatif sur toute question relative à l'application de la Convention, de la présente Charte et des Conventions rattachées, à l'exception des questions qu'il n'aurait pas compétence pour trancher s'il en était saisi par la voie contentieuse

2. — Le Tribunal peut aussi, à la requête de l'une des autorités visées au paragraphe 2 de l'Article 9 de la présente Charte ou du Président de cette autorité, donner un avis consultatif sur la compétence de cette autorité

3. — Les avis consultatifs n'ont pas force obligatoire.